



Paritätischer Armutsbericht 2024 – Armut in der Inflation Eine Positionsbestimmung der LAK Sachsen-Anhalt

Magdeburg, 25.04.2024

Höchste Inflation seit der Wiedervereinigung – Armut verfestigt sich

Armutspolitisch war Deutschland 2022 mit der höchsten Inflation seit der Wiedervereinigung konfrontiert. Es ist Tatsache, dass ein großer Teil der Menschen ohne nennenswerte Reserven in Form von Vermögen ist und jede*r fünfte Arbeitnehmer*in im Niedriglohnsektor arbeitet. Millionen von Menschen sind auf Grundsicherungsleistungen angewiesen, die auch ohne Inflation bereits nicht vor Armut schützen. Der mit der Inflation verbundene exorbitante Anstieg der Lebenshaltungskosten hat somit zu einer fortschreitenden Vertiefung der Armut geführt.

Hier hätte sich die Bundesregierung mit ihren Entlastungsmaßnahmen auf diejenigen konzentrieren müssen, die in ihrer Alltagsbewältigung besonders belastet wurden und deren Existenzsicherung vielfach nicht mehr gewährleistet war. Für eine Schaffung von mehr Gleichheit und Nachhaltigkeit hätten neben dem Wohngeld das Niveau der einkommensorientierten fürsorglichen Leistungen wie Hartz IV, Altersgrundsicherung und BAföG deutlich angehoben werden müssen.

Statt wenig Hilfe für alle, hätte es ausreichender Hilfe für die, die sie brauchen, bedurft.

Demzufolge ist es nicht verwunderlich, dass, wie es die Ergebnisse des aktuellen paritätischen Armutsberichts zeigen, Armut in Deutschland auf hohem Niveau verblieben ist. Nach den aktuellen Zahlen leben 16,8 %, also 14,2 Mio. Menschen unserer Bevölkerung in Armut. 100.000 Menschen mehr als im Vorjahr und fast eine Million mehr als 2019, also vor dem Beginn der Pandemie, der Energie- und Preiskrise. 2,7 Mio. mehr Menschen als 2006, das Jahr, seitdem sich ein Trend stetig wachsender Armut in Deutschland beobachten lässt.

Dabei sind innerhalb der Bundesländer erhebliche Unterschiede zu verzeichnen. Während in Bayern jede achte Person von Armut betroffenen ist, ist es in Sachsen-Anhalt (19,2%), Nordrhein-Westfalen und Hamburg jede fünfte und in Bremen sogar jede dritte Person.

Besonders betroffene Regionen in Sachsen-Anhalt sind die Altmark mit 21,1% und Halle mit 21,9%.

Einen traurigen Rekord hat nach Ergebnissen der Studie die Kinderarmut erreicht. Mittlerweile ist mehr als jedes fünfte Kind, nämlich 21,8 % von Armut betroffen.

Armutsbekämpfung darf nicht auf Arbeitsintegration verkürzt werden – politischer Anspruch muss gesellschaftliche Teilhabe für alle sein!

Die am stärksten von Armut betroffenen Gruppen sind auch 2022 Alleinerziehende und kinderreiche Familien, erwerbslose Menschen mit schlechten Bildungsabschlüssen und ohne deutsche Staatsangehörigkeit.

Die Aussagen über besondere Risikogruppen für Armut müssen mit einem Blick auf die Gesamtgruppe der Armen ergänzt werden, um falsche Typisierungen zu verhindern. Denn bei armen Menschen handelt es sich nicht vor allem um die oben genannten Risikogruppen.

70 % der Armen besitzen die deutsche Staatsangehörigkeit, 60 % verfügen über mittlere und sogar höhere Bildungsabschlüsse. Lediglich 5 % der erwachsenen Armutsbevölkerung sind erwerbslos. Dagegen sind mehr als ein Viertel erwerbstätig. Einen großen Teil machen die Nichterwerbspersonen aus (68,6 %), von denen wiederum ein Drittel in Rente oder Pension und ein weiter knappes Drittel unter 18 Jahren ist. Zu den sonstigen Nichterwerbspersonen zählen Personen, die dem Arbeitsmarkt kurzfristig nicht zur Verfügung stehen, z.B. wegen Betreuung kleiner Kinder oder Pflege alter Menschen oder wegen laufender Ausbildung oder Weiterqualifikation.

Es geht somit am Problem vorbei, wenn Armutspolitik immer wieder auf die Frage der Arbeitsintegration verkürzt wird nach dem viel zitierten Motto „Sozial ist was Arbeit schafft“. Dem größten Teil der Armen wäre damit nicht geholfen.

Die Studie zeigt eindeutig, dass es stattdessen insbesondere um bessere Erwerbseinkommen, bessere Alterseinkünfte und einen Kinderlastenausgleich gehen muss, der Kinder und ihre Eltern zuverlässig vor Einkommensarmut schützt.

Eine künftige Sozialpolitik muss dauerhaft die ökonomischen Strukturen der prekären Haushalte stärken, um diese Gesellschaft insgesamt krisenresilienter zu machen.

Mindestlohn, Grundsicherung, Wohngeld, BAföG, sind dabei Hebel, mit denen Niedriglohnbezieher*innen in Gänze erreicht werden können.

Es geht um den Anspruch, Lebenslagen und Lebenschancen von Menschen wirksam zu verbessern und gesellschaftliche Teilhabe für alle zu verwirklichen.

Klares Bekenntnis zum Sozialstaat, statt Wahlkampf auf Kosten der Schwächsten!

Ob Teilhabe für alle gelingen wird, hängt auch von der Bereitschaft der politisch Verantwortlichen zu grundlegenden Reformen in der Renten- und Pflegeversicherung ab, der Schaffung und Bereitstellung bezahlbaren Wohnraums, von einer tatsächlich existenzsichernden Ausgestaltung der fürsorglichen Leistungen. Zudem braucht es mehr Information und Beratung über Rechtsansprüche sowie unbürokratische Antragsverfahren, die einen Zugang und die Inanspruchnahme erst ermöglichen.

Und einen wertschätzenden und respektvollen Umgang mit Menschen, die auf diese Leistungen angewiesen sind.

Von all dem sind wir derzeit weit entfernt. Im Gegenteil, die Spaltung unserer Gesellschaft wird noch weiter verschärft.

Im Vorfeld des Wahlkampfes werden von konservativen und liberalen Kräften Armut und Arbeitslosigkeit mal wieder als Ergebnis individuellen Versagens dargestellt. Betroffene werden als „Sozialschmarotzer“ und „Faulenzer“ diffamiert, die es sich in der bequemen Hängematte unseres Sozialstaates gemütlich machen. Demzufolge müssten Bezieher*innen von Grundsicherungsleistungen zu jeder Arbeit gezwungen werden.

So setze das Bürgergeld „falsche Anreize“ moniert der CDU-Vorsitzende Friedrich Merz, die Anhebung des Bürgergeldes um 12% zum 1.1.2024 verletze das „Lohnabstandsgebot“ und sei eine „Bremse für den ganzen Arbeitsmarkt“.

Die Arbeitgeberverbände sehen im Bürgergeld den „Anreiz zur Arbeitsverweigerung“. Arbeitgeberpräsident Dulgar will einen „treffsicheren Sozialstaat, der sich auf Bedürftige konzentriert“.

„Der Sozialstaat koste zu viel“ meint der Generalsekretär der FDP Bijan Djir-Sarai und Christian Lindner (FDP) kündigt schon jetzt den „Verzicht auf Erhöhung des Bürgergeldes zum 1.1.2025“ an, da es dieses Jahr „überproportional stark“ gestiegen sei. Er beabsichtigt die Erhöhung um 12%, die als Reaktion auf gestiegene Lebenshaltungskosten erfolgt ist, „wieder einzuarbeiten“.

Und um die durch das Verfassungsgerichtsurteil entstandene Haushaltslücke zu schließen, fordert Friedrich Merz einen Verzicht auf die Kindergrundsicherung.

Generalsekretär Linnemann (CDU) fordert einen „Mentalitätswandel“ beim Bürgergeld. Es könne nicht sein, dass „jemand Sozialleistungen erhält, nicht arbeiten geht und andere das für ihn bezahlen“.

Forderungen nach fairen und armutsfesten Löhnen, statt Menschen durch Sanktionen in schlechte und niedrig bezahlte Arbeit zu zwingen, sucht man hier vergeblich.

Wer, wie oben aufgezeigt, das Existenzminimum angreift und Erhöhungen mit Verweis auf das Lohnabstandsgebot diskreditiert, will Debatten über das in der Bundesrepublik zu niedrige Lohnniveau abwürgen.

Die hier geforderte Sparpolitik, mit der auf Krisen und Rezession reagiert werden soll, richtet sich nicht gegen die Profiteure der Krise oder Reiche, die stärkere Lasten tragen könnten. Bevorzugt richten sie sich gegen vermeintlich faule Bürgergeldbezieher*innen, und natürlich wundert es, gegen Geflüchtete.

Wer allerdings behauptet, Kürzungen und Verschärfungen beim Bürgergeld seien in Rahmen einer Haushaltskonsolidierung jetzt angezeigt, betreibt Populismus auf dem Rücken derer, die am härtesten von Inflation und Energiekrise betroffen sind. Hier zeigt sich der Versuch, mit populistischer Politik ohne Rücksicht auf Verluste Arbeitnehmer*innen und Erwerbslose gegeneinander auszuspielen und mit einer Symbolpolitik bestimmte Wählergruppen zufrieden zu stellen.

Eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der neuen Armutsstudie des Paritätischen ist jedem/jeder Politiker*in anzuraten, insbesondere aber solchen, die Geflüchtete für die Armut verantwortlich machen, weil durch deren „Ausnutzung unseres Sozialsystems“ weniger Geld für die armen Deutschen bliebe.

Politiker*innen, die nur privilegierte Gruppen materiell bedenken und schützen möchten, solche, die die Umsetzung der Kindergrundsicherung ablehnen und zu verhindern suchen. Diejenigen, die sich grundsätzlich gegen Verbesserungen für arme Menschen stemmen und mit perfiden Diskussionen zum Bürgergeld Schwache gegen noch Schwächere auszuspielen versuchen.

Forderungen der LAK Sachsen-Anhalt zur Armutsbekämpfung

Die LAK Sachsen-Anhalt teilt die Forderungen des Paritätischen zur Bekämpfung der Einkommensarmut und fordert die Politiker*innen aller demokratischen Parteien dazu auf, sich diesen Herausforderungen zu stellen und damit Armut endlich wirksam zu bekämpfen.

- Schaffung existenzsichernder Regelbedarfe im Bürgergeld und der Altersgrundsicherung und Übernahme der Stromkosten außerhalb der Regelbedarfe, wie dies bereits bei den Heizkosten praktiziert wird
- Weiterer Ausbau der 2023 in Kraft getretenen Wohngeldreform und Ausweitung der Kreise der anspruchsberechtigten Haushalte, um alle Haushalte, die mit ihrem Einkommen unter der Armutsgrenze liegen, zu erreichen.
- Anhebung des Mindestlohns auf 15 €, um zumindest Vollzeitwerbstätige vor Armut zu schützen und einen Rentenanspruch sicherzustellen, der im Alter über dem Grundsicherungsniveau liegt.
- Armutsfeste Anhebung der BAföG-Sätze, die derzeit unter denen des Bürgergelds liegen und damit nicht einmal das „regierungsamtliche“ Existenzminimum abdecken.
- Einführung einer einkommens- und bedarfsorientierten Kindergrundsicherung, die Kinder und ihre Familien tatsächlich vor Armut schützt.
- Grundlegende Reform der gesetzlichen Rentenversicherung mit dem Element einer armutsfesten Grundrente und einer perspektivischen Anhebung des Rentenniveaus auf 53%. Voraussetzung dafür ist allerdings der Umbau der Rentenversicherung zu einer allgemeinen Bürgerversicherung, in die alle, auch Selbständige und Beamte*innen mit allen Einkommen einzahlen.
- Eine solidarische Pflegeversicherung als Vollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt und den Trend steigender Kosten für Pflegebedürftige endlich stoppt. Fast ein Drittel aller Bewohner*innen von Pflegeheimen ist heute bereits wegen nicht verkräftbarer Zuzahlungen auf Sozialhilfe angewiesen.
- Eine mutige Mietpreisdämpfungspolitik und Schaffung von öffentlichem bezahlbarem Wohnraum.